



Düren, den 11.05.2015  
Valentin Veithen

## **Presseerklärung der Stadtrats- und Kreistagsfraktion DIE LINKE zu den Themen**

- **Masterplan Stadt Düren**
- **Wirtschaftsförderung**
- **Ausgeglichener Haushalt Stadt Düren**
- **Bürgermeisterwahl**

Der Kreis Düren befindet sich in einer absoluten sozialen Schieflage. ca. 11 % der Einwohner sind auf Transferleistungen des Staats angewiesen. Diese Situation tritt verschärft in der Stadt Düren auf. Hier sind 17,3 % der Einwohner von staatlichen Leistungen abhängig.

Bei einer Einwohnerzahl von ca. 90.000 sind das 15.500 Personen.

### **Verkürzt dargestellt jeder 6. Einwohner lebt von Sozialhilfe.**

Was wir brauchen ist ein öffentlicher Beschäftigungssektor der aus Mitteln des Eingliederungsbudgets der JobCom zum Teil finanziert wird.

Die wirtschaftliche Situation der Menschen bestimmt in hohem Maß das Bild der Innenstadt. Die Probleme des Einzelhandels basieren zu einem erheblichen Teil auf der fehlenden Kaufkraft der Einwohner und der Unfähigkeit der CDU in Düren die wirtschaftliche Situation zu verändern.

- **Masterplan**

Der Masterplan fordert zur Verbesserung der Situation „höherwertiges“ Wohnen anzubieten und die Innenstadt attraktiver zu gestalten.

Wir gehen nicht davon aus, dass die Umsetzung des Masterplans Auswirkungen auf die soziale Situation in der Stadt hat und die Situation unserer Stammwähler verbessert.

Trotzdem unterstützen wir die Ziele des Masterplans. Wir hoffen, dass die Aufträge die im Rahmen der Umsetzung vergeben werden zum größten Teil an heimische Unternehmen vergeben werden und damit zur Beschäftigungssicherung im Baugewerbe und Handwerk führen.

- **Wirtschaftsförderung**

Die Wirtschaftsförderung hat in den letzten Jahren absolut versagt. Verantwortlich ist dafür in 1. Linie der Bürgermeister – Paul Larue – der offensichtlich mit dieser Aufgabe überfordert ist. Deutlich wurde dies für uns, als er entschied bei der Einrichtung eines Logistikzentrums in Düren nichts zu tun.

Die Wirtschaftsförderung ist personell unterbesetzt. Sie hat sich nicht ausreichend um Neuansiedlungen von Unternehmen gekümmert sondern in 1. Linie Bestandspflege betrieben.

Wir brauchen wesentlich dringender als einen Masterplan Innenstadt einen Masterplan für die Schaffung von attraktiven Gewerbegebieten und Ansiedlung von Unternehmen. Das jetzt in den Vordergrund gestellte Gewerbegebiet Langerwehe kann nicht all unsere Probleme lösen. Es kann nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sein. Es muss auch hinterfragt werden ob auf Grund der Rahmenbedingungen für neue Gewerbegebiete eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft die sich nur um Düren kümmert noch angebracht ist, oder ob es eine Gemeinschaftslösung mit den direkten Nachbargemeinden geben muss oder eine kreisweite Gesellschaft.

- **Ausgeglichener Haushalt Stadt Düren**

Der Haushalt wurde durch einen Griff in Rücklagen des Eigenbetriebs Stadtentwässerung ausgeglichen. 6,5 Mio. Euro wurden aus der Kasse des Eigenbetriebs genommen um den städtischen Haushalt zu sanieren. Die dringend erforderlichen Reparatur und Restaurationsmaßnahmen an der Kanalisation der Stadt Düren werden jetzt Kredit finanziert (ca. 10 Mio.) Die Kosten dafür werden dem Gebührenzahler angelastet. Für uns ist das ein Taschenspielertrick und hat nur wenig mit seriöser Haushaltsführung zu tun. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache relativiert sich die Leistung des Kämmerers zur Erreichung einer „schwarzen Null“

**Bürgermeisterwahl in Düren**

Wir stehen voll und ganz hinter Liesel Koschorek und werden dies auch durch einen gemeinsamen Wahlvorschlag dokumentieren. Paul Larue und die CDU haben durch ihre Klientel Politik für die Vermögenden in Düren gezeigt, dass

sie nicht in der Lage sind die Stadt aus der sozialen Schieflage zu befreien. Sie haben versäumt neue Gewerbebetriebe anzusiedeln und Gewerbeflächen auszuweisen auf denen sich Betriebe hätten ansiedeln können. Sie haben von den Verträgen und Gewerbegebieten profitiert, die noch unter Regie von Josef Voßen entstanden sind. Wir haben den Eindruck, dass jede Veränderung der Situation von der CDU als Bedrohung aufgefasst wird. Ob es um die Umgestaltung der Schützenstraße geht, die Gestaltung der Kölnstraße oder des Marktplatz. Die Diskussionen die dort geführt werden sind vielfach nicht Lösungsorientiert sondern polemisch und destruktiv.

Ein Beispiel für diese Form der politischen Diskussion ist die Rettungswache West. Hier wurde ein vermeintlicher Versorgungsnotstand heraufbeschworen. Wenn man berücksichtigt, dass jetzt die Mittel die für die Rettungswache West genutzt werden sollten, für die Deckung des Defizits bei der Rathausanierung verwendet werden, relativiert sich auch diese Diskussion.